

Initiativantrag

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten
betreffend
die Einführung eines Verbots der Gesichtsverschleierung**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dahingehend einzusetzen, dass die notwendigen gesetzlichen Bestimmungen für ein Verbot der Verschleierung des Gesichts im öffentlichen Raum geschaffen werden.

Begründung

"Dschihad im Klassenzimmer", so titeln aktuelle Medien anlässlich des Umstandes, dass inzwischen sogar junge Mädchen nach den Sommerferien komplett verschleiert in der Schule sitzen. Bei dem medial geschilderten Fall in einer Wiener Schule handelt es sich jedoch nicht um einen Einzelfall. Auch in Oberösterreich melden Lehrer bereits, mit derartigen Problemen konfrontiert zu sein.

Die Diskussion um die Vollverschleierung von Frauen ist somit neuerdings wieder in aller Munde. Einen relevanten Beitrag dazu lieferte auch das EGMR-Erkenntnis vom 1. Juli 2014 in Hinblick auf das französische Gesetz "Das Verbot der Verschleierung des Gesichts im öffentlichen Raum", das keine Grundrechtsverletzung darstellt.

"Die Burka hat nichts mit dem Islam zu tun, sie ist eine archaische Form der Unterdrückung", bezieht der türkischstämmige Grünen-Bundesrat Efgani Dömnez Stellung. Sogar die islamische Religionsgemeinschaft spricht sich gegen das Tragen einer Burka aus. Als Symbol der Unterdrückung schränkt die Burka ihre Trägerinnen massiv in ihrem Leben ein und schließt sie aus dem Arbeitsleben und der Gesellschaft in vielen Bereichen völlig aus.

Mit einem Verbot der Vollverschleierung soll nun ein klares Bekenntnis gegen die offensichtliche Unterdrückung der Frau und für die Gleichstellung von Mann und Frau abgegeben werden.

Linz, am 22. September 2014

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Lackner, Steinkellner, Schießl, Mahr, Wall, Klinger, Cramer, Nerat, Povysil